



PERSONALENTWICKLUNG

Finanzminister begeht Wortbruch

180 Neueinstellungen im Jahr – leider doch nur ein schlechter Aprilscherz? Nach Informationen der GdP genehmigt der Finanzminister in den nächsten Jahren entgegen der Ankündigungen nur jeweils 150 Neueinstellungen.

Rückblick: Am 13. April 2010 verkündete der damalige und heutige Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD) auf der GdP-Sicherheitskonferenz, dass es ab dem Jahre 2011 statt der ursprünglich geplanten 150 nun 180 Neueinstellungen im Jahr geben wird. Beide Seiten, die GdP als auch der Finanzminister und der ebenfalls anwesende damalige Innenminister Holger Hövelmann (SPD), waren sich einig. Der Einstellungskorridor muss deutlich erhöht werden, um ein Absinken der Personalstärke unter die Sollzahl zu verhindern.

Wohlgermerkt, im April 2010 geisterte noch die Zielzahl 5423 durch die politische Atmosphäre. Mittlerweile hatten wir Landtagswahlen, wir haben mit Holger Stahlknecht einen neuen Innenminister (CDU) und wir haben erkannt, dass die Sicherheit im Lande mit knapp 5500 Polizisten nicht gewährt werden kann. Das heißt, wir haben diese Erkenntnis schon immer, haben die ausgegebene

Zahl von Beginn an scharf kritisiert. Bei allem Verständnis für die finanzielle Situation unseres Landes, Sicherheit nach Kassenlage funktioniert nicht.

Innenminister Stahlknecht hat sich in den Koalitionsverhandlungen stark gemacht und eine weitaus höhere Zielzahl an Polizisten durchgesetzt. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Zentrales Anliegen der Koalitionspartner ist die Präsenz der Sicherheitsbehörden und der Polizei im öffentlichen Raum. Deshalb sehen wir eine Personalstärke im Polizeivollzugsdienst bis zum Jahr 2016 von deutlich über 6000 Polizeivollzugsbeamten (PVB) als erforderlich an.“

**So weit, so gut.
Bloß, wie wollen wir diese Zahl
erreichen bzw. halten?**

Nach unseren Berechnungen vom April 2010 waren die 180 Neueinstellungen schon erforderlich, um die Zielzahl von knapp 5500 PVB nicht zu unterschreiten. Nun sollen wir uns erfreulicherweise bei „deutlich über 6000“ ein-

Fortsetzung auf Seite 2



Auf der 8. Sicherheitskonferenz der GdP am 13. April 2010 in Magdeburg verkündete Finanzminister Bullerjahn gemeinsam mit dem damaligen Innenminister Holger Hövelmann die geplanten 180 Neueinstellungen ab dem Jahr 2011.

SCHLAGLICHTER*

Dienstag, 2. August 2011

Finanzminister plant erhebliche Kürzungen

Magdeburg. Herr Bullerjahn will Polizeibeamte weiter schröpfen. Im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013 sollen einige dienstrechtliche Regelungen geändert werden.

Samstag, 30. Juli 2011

Sicherheit hat oberste Priorität – Ausstattungsmangel (Schutzwesten) wird behoben

Magdeburg. Die Bezirksgruppe LBP hatte am 26. 7. 2011 auf das Problem aufmerksam gemacht, dass die Absolventen zum Teil noch mehrere Monate nach Beendigung ihres Studiums über keine persönliche ballistische Schutzweste verfügen.

Samstag, 23. Juli 2011

Skepsis bei der Gewerkschaft der Polizei – Minister will Polizei-Reiterstaffel gründen

Magdeburg. Nach einer Meldung der DPA wünscht sich der Innenminister Holger Stahlknecht (CDU), dass spätestens 2014 eine Reiterstaffel den Streifen dienst und die Einsatzeinheiten verstärkt.

Samstag, 23. Juli 2011

Namensschilder im Einsatz – wozu? – GdP gegen Kennzeichnungspflicht

Magdeburg. Jeder Polizeibeamte hat sich auf Verlangen der Person, die von einer Maßnahme betroffen ist, auszuweisen, soweit der Zweck der Maßnahme dadurch nicht beeinträchtigt ist. Im Normalfall stellt sich der Beamte vor, wenn er eine Person anspricht.

Mittwoch, 20. Juli 2011

GdP-Bundsvorsitzender besucht Sachsen-Anhalt

Magdeburg. Die Einsatzbelastung und der Personalabbau bei der Polizei standen im Mittelpunkt eines Gespräches zwischen dem Bundsvorsitzenden der GdP, Bernhard Witthaut, und dem Innenminister Holger Stahlknecht.

Sonntag, 17. Juli 2011

Es gibt keine rassistische Praxis in der Polizei Sachsen-Anhalt !!!

Magdeburg. Die Gewerkschaft der Polizei empfindet die Vorwürfe der

Fortsetzung auf Seite 2



PERSONALENTWICKLUNG

Fortsetzung von Seite 1

„Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“ als ungeheuerlich!

Donnerstag, 14. Juli 2011

Herr Erben, die Beamten und der hinkende Vergleich

Magdeburg. Sehr geehrter Herr Erben, am Freitag habe ich die Diskussion auf der 7. Landtagssitzung zum TOP 6 – Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 (LBVAnpG 2011/2012) – verfolgt.

Mittwoch, 6. Juli 2011

Unnötige Irritationen beim Kündigungsschutz

Magdeburg. Derzeit erreichen das Landesbüro vermehrt Anfragen zum Kündigungsschutz für Arbeitnehmer im Zusammenhang mit den Tarifverträgen von 2010 und der Ende 2011 auslaufenden Absenkung. Wichtig ist, dass die am 30. 1. 2009 geschlossenen Tarifverträge auseinandergehalten werden.

* Unter dieser Überschrift werden kurze und prägnante Informationen aus den letzten Wochen veröffentlicht. Mehr Aktuelles gibt es unter: www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/Nachrichten

Fortsetzung von Seite 1

pegeln. Da liegt der Hase im Pfeffer. **Wenn 180 Neuzugänge gerade für 5500 PVB reichen, wie sollen dann 150 für mehr als 6000 PVB reichen?**

Unser Finanzminister ist ja, was das Sparen anbelangt, sehr kreativ (derzeit u. a. auch daran ersichtlich, dass er uns die Einmalzahlung bei Eintritt in den Ruhestand streichen will). Vielleicht lassen wir uns einfach überraschen. Nichts gegen Überraschungen, aber beim Thema Sicherheit hört der Spaß bekanntlich auf. Wir können uns keine weiteren Einbußen an Personal leisten, schon jetzt gehen die Kolleginnen und Kollegen auf dem Zahnfleisch.

Um es nochmal konkret darzustellen, ein paar Zahlenspiele. Die Einstellung von nur 150 PVB pro Jahr führt dazu, dass wir bereits im Jahre 2015 nur noch ca. 6450 PVB in „Lohn und Brot“ haben.

Bei 6450 kann man zwar noch von „deutlich über 6000“ sprechen, aber diese 6450 PVB sind ja in der Realität nicht mehr vorhanden. Davon sind im Jahre 2015 ca. 280 Beschäftigte abzuziehen, die sich in der Freistellungsphase der Alterszeit (ATZ) befinden. Schon reden wir

real nur noch über 6170 PVB und liegen damit nicht mehr deutlich über 6000. Ganz zu schweigen von den durchschnittlich im Krankenstand befindlichen Kolleginnen und Kollegen. Bei einem Krankenstand von ca. 8% sind das immerhin um die 500 PVB.

Formel für 2016: 6450 PVB – 300 Altersabgänge + 150 Neueinstellungen – 260 ATZ = 6040 PVB !!!

Das Rechenspielchen kann nun jeder selbst weiter betreiben. Und dabei immer berücksichtigen, dass sich pro Jahr um die 300 PVB in den wohlverdienten Ruhestand verabschieden.

Es gilt also nochmal kritisch nachzufragen, wie das „zentrale Anliegen der Koalitionspartner“ in die Tat umgesetzt werden soll. Dazu werden wir mit dem Innenminister reden und uns an den Finanzminister wenden. Für uns passt das nicht zusammen, der Passus im Koalitionsvertrag auf der einen, die geringen Einstellungen auf der anderen Seite. An der Suche nach Lösungen werden wir uns selbstverständlich beteiligen.

**Guido Steinert,
Mitglied im GLBV**

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20110901

SENIOREN-TERMINE

Seniorengruppe PD Ost

Bereich Dessau-Roßlau

Veranstaltungstermine

am 2. 9. 2011 und am 25. 11. 2011 jeweils um 17.00 Uhr in der „Sportlerklause Kunze“ in Dessau-Roßlau, Kreuzbergstr. 179

Bereich Wittenberg

Veranstaltungstermine

am 11. 10. 2011 von 15.45 Uhr bis 18.00 Uhr Bowling in Wittenberg, Lutherstraße 4 (Bachstraße)

An allen Veranstaltungen können die Ehepartner teilnehmen. Bitte meldet euch bis zehn Tage vor dem Termin bei Peter Lembke. Tel. 0 34 91/40 37 41 oder GdP-Phone: 0 15 20/8 85 76 29

Bereich Bitterfeld

Veranstaltungstermine

am 14. 9. 2011 und am 23. 11. 2011 von 14.00 bis 16.30 Uhr auf der Bundeskegelbahn in Sandersdorf

Bereich Wolfen

Veranstaltungstermine

am 6. 9. 2011 und am 8. 11. 2011 um 15.00 Uhr in der Gaststätte „Am Rodelberg“ in Wolfen

Seniorengruppe PD Nord

Kreisgruppe PD Haus

Versammlungstermine

am 12. 9. 2011 und am 17. 10. 2011 je-

weils um 14.00 Uhr im Alten- und Servicecenter Sudenburg der Volkssolidarität, Halberstädter Str. 115. Straßenbahn Linie 1 und 10 bis Eiskeller Platz.

Achtung!!!

der Termin am 12. 9. 2011 wurde vom 19. 9. 2011 *vorverlegt!*

Bereich Aschersleben-Staßfurt

Versammlungstermine

am 19. 9. 2011 und am 7. 11. 2011 jeweils um 15.00 im Hotel „Stadt Aschersleben“ in der Herrenbreite 17 in Aschersleben.

Die Landesredaktion

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/S-Termine

REDAKTIONSSCHLUSS

der Ausgabe 10/2011 ist

Freitag, der 9. September 2011


und für die Ausgabe 11/2011 ist

Freitag, der 7. Oktober 2011.

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Die Landesredaktion

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/DP-LSA



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 120
39112 Magdeburg
Telefon: (03 91) 6 11 60 10
Telefax: (03 91) 6 11 60 11
E-Mail: lsa@gdp-online.de

Redaktion:
Jens Hüttich (Vi.S.d.P.)
Walter-Kersten-Straße 9
06449 Aschersleben
GdP-Phone: (0 15 20) 8 85 75 61
Telefon: (0 34 73) 80 29 85
Fax: (03 21) 21 04 15 61
E-Mail: jens.huettich@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-281X



Was ist ein Polizist?

Ein Polizist ist eine Komposition aus dem, was alle in diesem Beruf sind:

Eine Mischung aus einem Heiligen und einem Sünder, aus Staub und Gottheit. Was das wirklich bedeutet, ist, dass Polizisten außergewöhnlich, ungewöhnlich – nicht alltäglich sind.

Tatsache ist, dass weniger als ein halbes Prozent der Polizisten Außenseiter sind. Und das ist besser als bei dem Durchschnitt an Geistlichen. Was ist ein Polizist?

Ein Polizist ist von allen der am meisten Benötigte und am meisten Unerwünschte. Ein seltsam namenloses Wesen, dem „Lieber Herr“ in seinem Gesicht steht und „Schwein“ auf seinem Rücken.

Er muss wie ein Diplomat sein, dass er Unterschiede zwischen Individuen ausgleichen kann, so dass jeder denkt, er habe Recht. Wenn der Polizist freundlich

ist, ist er ein Flirter. Wenn er es nicht ist, ist er ein Griesgram. In einem einzigen Augenblick muss er Entscheidungen treffen, wofür Anwälte Monate benötigen. Aber wenn er es eilig hat, ist er unvorsichtig. Wenn er langsam ist, ist er faul. Er muss sofort einen Unfall mit unfehlbarer Diagnose aufnehmen.

Er muss in der Lage sein, zu beatmen, Blutungen zu stoppen, Schienen anzulegen und vor allem sicher sein, dass das Opfer nach Hause geht, ohne zu hinken und dann hoffen, dass er danach vom Opfer nicht verklagt wird. Der Polizeibeamte muss jede Waffe kennen und bei der Verfolgung diese unterscheiden und dann den Flüchtigen treffen, wo es ihm nicht weh tut.

Er muss zwei Männer seiner Größe und halb so alt wie er, ohne Beschädigung seiner Uniform und ohne brutalen Schlagstock überwältigen. Wenn du ihn nicht getroffen hast, bist du ein Feigling. Wenn du ihn triffst, bist du ein Tyrann.

Ein Polizist muss alles wissen. Er muss wissen, was die Sünde ist und nicht daran teilhaben. Der Polizist muss aus einem einzigen menschlichen Haar in der Lage sein, das Verbrechen, die Waffe und die Kriminellen zu beschreiben und Ihnen sagen, wo sich der Verbrecher versteckt hält. Aber wenn er die Kriminellen fängt, hat er Glück, wenn er sie nicht fängt, ist er ein Dummkopf.

Wenn er befördert wird, ist er entweder politisch eingestellt oder ein Schleimer. Wenn er nicht befördert wird, ist er ein Dummkopf. Er bearbeitet stundenlang Dateien und schreibt Berichte, bis seine Augen schmerzen.

Ein Polizist muss ein Minister sein, ...ein Sozialarbeiter, ...ein Diplomat, ...ein ganz harter Kerl, ...und ein Gentleman. Und natürlich muss er ein Genie sein, denn er muss von seinem viel zu kleinen Gehalt seine Familie ernähren.

Cathleen Mittag

www.gdp.de/gdp/gdpls/nsf/id/20110902

SPORT IN DER POLIZEI

DPM im Fußball der Herren 2011

Ziel erreicht! Im entscheidenden Vorrundenspiel konnte Sachsen mit 3:0 geschlagen werden.

Damit gelang es erstmals einer Mannschaft der neuen Bundesländer, sich für die Endrunde der Deutschen Polizeimeisterschaft im Fußball der Herren zu qualifizieren. Mit einer gehörigen Portion Stolz und Genugtuung im Gepäck ging es auf die Reise ins „Ländle“.

Auch wenn aufgrund der sehr spielstarken und hochklassigen Gegner nur der 6. Platz herausrang, so war es doch eine sehr erfolgreiche und lehrreiche Woche in Göppingen (Baden-Württemberg). Die Tatsache, dass die Gegner fast durchweg auf Regionalliga- und Oberligaspieler vertrauen konnten, führte fast zwangsläufig zu den im ersten Moment schmerzhaften Niederlagen.

In den Gruppenspielen unterlagen wir dem späteren Deutschen Polizeimeister Nordrhein-Westfalen mit 0:3, dem bisherigen Titelträger Baden-Württemberg musste man sich mit 0:5 geschlagen

geben. Die fehlende Regenerationszeit (drei Spiele in drei Tagen) machte sich auch beim körperlich stärksten Spieler bemerkbar.

Im Spiel um Platz 5 war das Team von Reinhard Rother mit den Niedersachsen zwar auf Augenhöhe, aber im Ergebnis stand ein 1:3 zu Buche. Das einzige Tor

Sachsens-Anhalts im Turnier erzielte unser GdP-Kollege Sebastian Fabich (LBP).

Die nächste DPM findet nun 2014 in Nordrhein-Westfalen statt.

Guido Steinert,

Vorsitzender der BG LBP

www.gdp.de/gdp/gdpls/nsf/id/20110903



Unsere Mannschaft aus Sachsen-Anhalt gab alles bei der DPM.



Warum Polizeischutz für rechtsextreme Veranstaltungen?

Immer wieder gerät die Polizei in ein ungewolltes Spannungsfeld bei Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen.

Diese nutzen immer wieder historische Bezüge, um ihre Geschichte fälschende Ideologie zu verbreiten, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu propagieren.

Dagegen ist Widerstand notwendig und wird durch die GdP unterstützt. Hier muss die Gesellschaft Mittel und Wege finden, diesen braunen Sumpf trocken zu legen. Demonstrationen, Kundgebungen und andere öffentliche Veranstaltungen sind geeignet, eine Gegenmeinung darzustellen.

Die rechtzeitige Anmeldung z. B. von öffentlichen Veranstaltungen führt unter Umständen dazu, dass die Versammlungsbehörde abwägen muss, für welche Plätze und Zeiten sie Versammlungen zulässt bzw. mit welchen Auflagen sie den Anmelder belegt.

Wie sieht es verfassungsrechtlich mit solchen Demonstrationen aus?

Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert Meinungsfreiheit. In Verbindung mit Ar-

tikel 8, der jedem Deutschen das Recht gibt, unter freiem Himmel eine Versammlung abzuhalten, darf er alles verkünden, was er für richtig hält. Er darf nur die Rechte Dritter nicht verletzen oder sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung stellen.

Einhalten der Vorgaben

Rechtsextreme Gruppierungen und insbesondere die NPD achten peinlich genau darauf, dass diese Vorgaben eingehalten werden. Allerdings ist in den letzten Jahren eine Zunahme von Gewalt aus solchen Aufzügen heraus zu konstatieren.

Für die zuständigen Ordnungsbehörden gibt es also eher wenig oder keine Gründe, diese Aufzüge zu verbieten, wenn sie sich im verfassungsmäßigen Rahmen bewegen. Dies bestätigen auch die einschlägigen Urteile der Verwaltungsgerichte.

Das heißt für die Polizistinnen und Polizisten, dass sie diese Demonstrationen zu schützen haben. Inhalte dieser Aufzüge und Kundgebungen, immer vorausgesetzt, sie sind verfassungskonform, dürfen das dienstliche Verhalten nicht beeinflussen. Meine Kolleginnen und Kollegen müssen streng am Recht orien-

tiert arbeiten. Wer erwartet, dass sie politisch oder dem Zeitgeist gemäß ihre Aufgaben erfüllen, will eine andere Republik. Wer möchte schon, dass jeder Polizist seine Regeln selber aufstellt und danach handelt?

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist das schwer nachvollziehbar, weil sie sich moralisch im Recht glauben.

Rechts nicht blind

Polizistinnen und Polizisten sind auch Bürger dieses Landes und haben, die einen mehr, die anderen weniger, eine politische Meinung. Darin unterscheiden sie sich nicht von der Mehrheit der Bevölkerung.

Ein Großteil der Polizeibeschäftigten ist in der Gewerkschaft der Polizei organisiert, einer Gewerkschaft, die seit ihrer Gründung dem Rechtsextremismus den Kampf angesagt hat. Auf dem letzten Bundeskongress hat die GdP deshalb einstimmig eine Resolution gegen Rechts verabschiedet. Damit steht die GdP gemeinsam mit den Gewerkschaften im DGB in der antifaschistischen Tradition der Gewerkschaften.

Diesen Polizistinnen und Polizisten mit Rufen wie „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ zu unterstellen, sie seien auf dem rechten Auge blind und würden mit Neonazis gemeinsame Sache machen, ist ungeheuerlich.

Nahezu täglich vollführen meine Kolleginnen und Kollegen einen Spagat zwischen persönlicher Einstellung und den verfassungsrechtlichen Vorgaben für ihren dienstlichen Auftrag. Ob es das Begleiten eines Castortransportes ist oder der Schutz von rechtsextremen Veranstaltungen, sie haben eine Meinung dazu. Damit stecken sie in einem Dilemma.

Politische Auseinandersetzung statt Gewalt

Denn: „Es ist der Segen und das Kreuz des Rechtsstaates, dass er auch die rechtmäßig behandeln muss, die sich gegen das Gesetz vergangen, das Gesetz gebrochen haben, ob als Mörder oder Diebe, als Entführer oder Betrüger. Das Recht



Um die Demokratie zu verteidigen, sind Polizisten immer wieder gezwungen, auch undemokratische Kräfte zu schützen, so wie hier am 1. Mai in Berlin.



DEMOKRATIE AKTUELL

steht über Stimmungen, Volksmeinungen, Umfragen, Statistiken, es steht über tagespolitischer Spekulation. Das gesunde Volksempfinden hat sich in der Geschichte meistens als krank erwiesen, und nicht nur im Lande der hässlichen Deutschen.“¹

Diese Zeilen stammen nicht von mir, sondern von Heinrich Böll. Er formulierte das vor dem Hintergrund der Terrorismusbekämpfung in den 70er-Jahren. Er bezog sich damit auf die öffentliche Verfolgung von Menschen, die offen mit den

vermeintlich idealistischen Zielen der damaligen Terroristen sympathisierten. An seiner Aussage hat sich bis heute nichts geändert.

Unser Rechtsstaat und damit unsere Gesellschaft muss es einfach aushalten, dass es Menschen gibt, die Positionen vertreten, für die es in weiten Teilen der Bevölkerung keinen Konsens gibt. Solange diese Menschen nicht gegen Gesetze verstoßen, wird man sie nur in einer politischen Auseinandersetzung isolieren können. Nicht mit Gewalt.

Wir erwarten von allen, die sich mit uns gemeinsam gegen die Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen wenden, dass sie dies gewaltfrei tun und die Arbeit unserer Kollegen/-innen nicht behindern, sondern respektieren.

Uwe Petermann,
Landesvorsitzender

¹ Heinrich Böll, „Briefe zur Verteidigung der Republik“, rororo Originalausgabe, November 1977

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20110904

FORTBILDUNG

Workshop Szenekundige Beamte 2011

In diesem Jahr richtete die Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Süd in der Zeit vom 9. bis 10. Juni 2011 das 13. jährliche Arbeitstreffen der Szenekundigen Beamten (SKB) aus dem Bereich des Nordostdeutschen Fußballverbandes (NOFV) aus.

Nach längerer Suche einer geeigneten Örtlichkeit wurde man im Rübeland in der „Harzbaude Susanne“ fündig.

Nachdem die Formalitäten mit den Besitzern geklärt, die Einladungen an die Gastredner und alle SKBs versandt wurden, konnte das traditionelle Treffen nun endlich stattfinden.

Nachdem fast pünktlich 25 SKBs (längste Anreise aus Rostock) gegen Mittag eintrafen, ging es nach der Begrüßung und der Eröffnung des Workshops schon mit der Vorstellung des Fanprojektes des Halleschen FC durch den Fanprojektleiter los.

Aufgrund der Nachfragen der SKBs wurde der Vortrag schon auf Seite 4 unterbrochen und es kam zu intensiven, jedoch fairen Diskussionen mit dem Fanprojektleiter, insbesondere zu den Themen: Zeugenaussageverweigerungsrecht für Mitarbeiter des Fanprojektes bei Straftaten sowie Meldepflichten bzgl. des Reiseverkehrs der Ultras von Fanprojektlern gegenüber der Polizei.

Da jedoch unser Treffen zeitlich begrenzt war, musste improvisiert werden. Also wurde der Gastvortrag des SKBs aus Leipzig, welcher bei der WM 2010 in Afrika im SKB-Team Deutschland vor Ort war, kurzerhand in die abendliche „Festgestaltung“ mit einbezogen.

Nachdem sich die „Verlängerung“ mit dem Fanprojektleiter dem Ende näherte, erging nun das Wort an die SKBs des PRev Halle, Steffen Wilke und Mirco Nitzschke. Diese stellten ihre Arbeitsweise und Erfahrungen vor und führten eine Auswertung der Spiele des HFC zur laufenden Saison durch.

Nach dem Ende des „Pflichtteils“ für den heutigen Tag, besuchte man noch die Hermannshöhle und bestaunte die Stalagmiten und Stalaktiten.

In geselliger Runde und nach Aufnahme von Grundnahrungsmitteln in jeglicher Form kam es zum langersehnten Dia-Vortrag unseres Kollegen aus Leipzig, der uns Einblicke in seine SKB-Arbeit während der WM 2010 in Südafrika gab.

Anmerkung: Er selbst ging vor der WM nicht davon aus, dass die Deutschen sich bis ins Spiel um Platz 3 qualifizieren würden. Somit war er fast vier Wochen am „Kap der Guten Hoffnung“ und fern-

ab seiner geliebten Messestadt. Nach individueller Entscheidung, „Feierabend“ zu machen, traf man sich tags darauf und gestärkt durch ein Frühstück zur Auswertung der abgelaufenen Spielsaison und einem Ausblick auf die neue Saison des NOFV. Dieses Referat wurde durch den SKB-bekanntesten und allzeit geschätzten Kollegen Bernd Stumpf (Mitglied des Sicherheitsrates des NOFV) gehalten.

Nachdem nun der letzte Vortrag gehalten und ein Feedback des Workshops erfolgte, konnten die Teilnehmerbescheinigungen ausgehändigt werden.

Da der 14. SKB-Workshop nächstes Jahr in Chemnitz stattfindet und man sich spätestens dort wieder sieht, fiel der Abschied allen Teilnehmern etwas leichter, wobei sich sicherlich der eine oder andere SKB bei den Liga- oder Pokalspielen im Stadion wieder trifft.

Sebastian Schober

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20110905



Die Teilnehmer des diesjährigen Workshops





Organisation der Kriminalpolizei

... in Sachsen

Die Zukunft der Kriminalpolizei in Sachsen wird im Rahmen des Projektes „Polizei.Sachsen.2020“ beschrieben. Im Feinkonzept hierzu ist zu erwarten, dass die zukünftige Kriminalpolizei in Sachsen nicht mehr untereinander vergleichbar sein wird, weil eine ganzheitliche Regelung fehlt. Die Aufgaben für die Kriminalpolizeiinspektionen werden zwar klar beschrieben. Sie sind für die schwere und Teile der mittleren Kriminalität zuständig. Aber die Organisation zur Aufgabenerfüllung scheint eher dem „Zufallsprinzip“ als einer klaren Linie zu entstammen. In drei der fünf zukünftigen KPIen werden Kriminalaußenstellen errichtet. Aufgrund der großen Flächen, welche zukünftig zu betreuen sind, wird deutlich, dass die Aufgabenwahrnehmung allein vom Standort der KPI aus, zum Teil entschieden zu schwerfällig ist. In zwei der KPIen ist das scheinbar nicht so. Bedenkt man dabei, dass die beiden KPIen ebenfalls große Flächen zu betreuen haben, scheint das Erfordernis der spezialisierten Kriminalitätsbekämpfung dort nicht gegeben zu sein. Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier nicht erkannt wurde, welche Ressourcen allein für Fahrzeiten zum und vom Ereignisort aufgewendet werden müssen. Eine Aufgabenübertragung an die Kriminaldienste der zukünftigen Polizeireviere ist nur zu einem geringen Teil möglich, da an die Kriminaldienste die Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen der einfachen und zum Teil mittleren Kriminalität gegeben ist. Hier gilt die Einschränkung, „sofern keine Zuständigkeit der KPI gegeben ist“. Wenn das so umgesetzt wird, ist es erforderlich, wieder einmal zu Abgrenzungskatalogen zu kommen. Eigentlich ein schlimmer Gedanke – aber anscheinend gewollt. Als abschwächendes Instrument wurde eine „besondere Fachaufsicht“ erfunden. Was immer das sein soll. Besonders spannend ist in diesem Zusammenhang das durchaus sinnvolle Pilotprojekt in der KPI Dresden zur zentralen Anzeigenbearbeitung. In diesem Projekt werden vereinfachte Verfahren und Anzeigen ohne Ermittlungsansatz für die Staatsanwaltschaft aufbereitet. Es ist davon auszugehen, dass hier auch Delikte der einfachen Kriminalität landen, für welche dann auch die KPI zuständig ist. **Matthias Kubitz**

... in Sachsen-Anhalt

Wie bereits für die Schutzpolizei berichtet, gab es 2008 die große Strukturreform und 2009 nochmals eine Stellenhebung. Von der Stellenhebung profitierte die Zentrale Kriminalitätsbekämpfung (ZKB) am meisten. Die ZKB, vormals ZKD, ist mit fünf Fachkommissariaten untersetzt. Hierbei erfolgt innerhalb der Fachkommissariate nochmals eine Untergliederung in Kommissariate. Neu bzw. beachtenswert ist die Angliederung des CRB-Wesens für Sachsen-Anhalt an das Kommissariat für Umweltkriminalität. Auch wurde das Fachkommissariat Polizeilicher Staatsschutz deutlich mit Personal untersetzt. Ob das zweckmäßig ist, mag dahingestellt sein. Ähnlich wie in der ZKB gibt es in den Revierkriminaldiensten der Polizeireviere eine sachbezogene Untergliederung in Sachgebiete. Neu ist auch die Führungsunterstützung für den Leiter Revierkriminaldienst. So hat nun jeder Leiter (LPRev, LRKD, LRED) eine eigene Unterstützung. Für die allgemeine Kriminalität, den Ersten Angriff und die Kriminaltechnische Tatortarbeit wurde ein Kriminaldienst am Sitz des Polizeireviereviere gebildet. Neu ist auch ein Kriminaldauerdienst, sozusagen die Feuerwehr der Kripo. Diesen KDD gibt es u. a. in Magdeburg und Halle. Er ist dem Sachgebiet 1 angegliedert. In den größeren Revieren besteht die Möglichkeit, diesen KDD optional einzurichten. Auf Grund vorgeschriebener Größe der Kriminalpolizei und somit herbeigeführter Personalnot gelang es nur vereinzelt, einen funktionierenden Kriminaldauerdienst zu bilden. Hier besteht Nachbesserungsbedarf. Sieht man sich die Kriminalpolizei in Bezug auf die Wertigkeit der Dienstposten an, könnte man zu dem Schluss kommen, dass es nur noch Häuptlinge gibt und keine Indianer mehr. Ob die Berechnung der Stärke der Kriminalpolizei auf Grund prozentualen Anteils an der Gesamtstärke gut ist, bezweifle ich. Es wird dogmatisch an diesem Richtwert festgehalten. Zweckmäßiger wäre eine fach- und sachgerechte Bewertung der Revierleiter, ohne dass die Pflichtaufgaben und Ziele des Polizeireviereviere darunter leiden. **Jens Isensee**

... in Thüringen

Integrationsebene für die Kriminalpolizei ist jetzt die Polizeidirektion. Es gilt festzustellen, dass die Thüringer Polizei mit der bisherigen Struktur der Kriminalpolizei in der Aufklärung bundesweit den ersten Platz erreicht hat. Dennoch müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir für diese Struktur nicht mehr das erforderliche Personal haben. Sollte der Personalabbau nach dem Stellenabbaupfad (SSL) und nach neueren Planungen der Landesregierung fortgesetzt werden, wird auch die neue Struktur mittelfristig nicht mehr funktionieren. Eine Organisationsanpassung der Thüringer Polizei ist seit langem überfällig. Die Bearbeitung von Straftaten findet in Thüringen neben der Kriminalpolizei zu 75% bei den Ermittlungsdiensten der Polizeiinspektionen statt.

Wegen der fehlenden einheitlichen Auffassung zu einer etwaig neuen Struktur der Kriminalpolizei soll ihre bisherige Struktur unverändert übernommen werden. Das begrüßt die GdP. Die GdP lehnt eine von der restlichen Polizei losgelöste Kriminalpolizei ab und macht sich für eine Integrationsebene bei den künftigen Landespolizeiinspektionen (derzeitige Polizeidirektionen) stark. Im täglich notwendigen Entscheidungsfall, die Landespolizeidirektion (eigentlich Präsidium) zu bemühen, wäre unzweckmäßig und würde regelmäßig zur Handlungsahnung führen.

Bei der GdP besteht Einigkeit darüber, dass Optimierungspotenzial vorhanden ist. Häufig werden zum Beispiel gegen ein und denselben Beschuldigten Verfahren durch verschiedene Dienststellen betrieben, ohne dass man voneinander weiß. Es gibt bereits gute praktische Optimierungüberlegungen im Innenministerium. Es soll jedoch der künftigen Organisationsentwicklung – nach der Reform – überlassen bleiben, wie und wohin sich die Kriminalitätsbekämpfung optimiert. Die GdP empfiehlt dem Innenministerium, im Rahmen der weiteren Umsetzung des Projektes Optimierungsmöglichkeiten für die Bearbeitung von Straftaten in der Thüringer Polizei zu prüfen und gegebenenfalls schon mit dem Reformabschluss umzusetzen. **mp**



BEZIRKSGRUPPE SÜD

GdP-Sternfahrt in Sachsen-Anhalt

Ich habe die Kolleginnen und Kollegen aus Hessen, Thüringen, Bayern sowie einem Kollegen aus der BePo Sachsen-Anhalt am 3. 8. 2011 gegen 17:30 Uhr in Naumburg begrüßt.

47 Fahrrad fahrende Kolleginnen und Kollegen sowie das Betreuersteam trafen nach der Königsetappe (ca. 140 km) am Zielort ein. Am nächsten Morgen ging es nach dem Frühstück zum Marktplatz in Naumburg. Der stellvertretende Oberbürgermeister der Stadt Naumburg, Herr Förster, verabschiedete die Teilnehmer der Tour „TU WAS! Für mehr Zivilcourage.“

Gemeinsam mit den Aktiven begab ich mich auf den Weg nach Halle, dem Zwischenstopp der Etappe. In Halle wurden wir durch die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle, Frau Szabados, dem Polizeipräsidenten, Herrn Schumann, dem Dezernatsleiter Einsatz, Herrn Leopold, und dem Revierleiter des PRev Halle, Herrn Schulze, begrüßt.

Neben der herzlichen Begrüßung und den Statements zur Wichtigkeit des Motos ist mir ein Satz des Polizeipräsidenten besonders in Erinnerung geblieben. Er sagte sinngemäß: „Es ist wichtig, die Be-

völkerung für dieses Thema zu sensibilisieren. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, dass Kolleginnen und Kollegen immer häufiger Opfer von Gewalt werden. Ich bin der Auffassung, dass sich die politisch Verantwortlichen diesen Satz unterstreichen sollten. Denn wir sind allzu oft nur Personalfälle und werden durch Kennzahlen gemessen, doch der

Mensch kommt zu kurz.“ Nachdem wir aufgrund eines kurzen Regenschauers noch die Gastfreundschaft der Stadtverwaltung in Anspruch nehmen konnten, ging die Tour gegen 14:00 Uhr weiter zum Etappenziel nach Dessau.

**Lothar Faßhauer,
Vorsitzender der BG Süd**

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20110906



Der Vorsitzende der Bezirksgruppe Süd Lothar Faßhauer, die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle Dagmar Szabados und der Landesvorsitzende der GdP Hessen Jörg Bruchmüller vor dem Hallenser Rathaus (v. l. n. r.).

GEWERKSCHAFTLICHER RECHTSSCHUTZ

Unnötige Irritationen beim Kündigungsschutz

Derzeit erreichen das Landesbüro vermehrt Anfragen zum Kündigungsschutz für Arbeitnehmer im Zusammenhang mit den Tarifverträgen von 2010 und der Ende 2011 auslaufenden Absenkung.

Wichtig ist, dass die am 30. 1. 2009 geschlossenen Tarifverträge auseinander gehalten werden. Zu diesem Datum wurden zwei unterschiedliche Tarifverträge geschlossen. Der eine (TV LSA 2010) hat nur die Absenkung bis zum 31. 12. 2011 in dem bisher bekannten Umfang zum Inhalt.

Dort ist in § 5 geregelt, dass alle Arbeitnehmer, die in 2010 und 2011 von der Absenkung betroffen sind, nicht vor dem 1. 1. 2014 betriebsbedingt gekündigt wer-

den können. Konkret heißt das, wer in 2010 und 2011 abgesenkt worden ist, hat Kündigungsschutz bis zum 1. 1. 2014.

Daneben (!) wurde in dem Teilzeit-TV LSA vom 30. 1. 2009 geregelt, dass zwischen Land und Arbeitnehmer Teilzeit für die Dauer der Laufzeit des Tarifvertrages (1. 1. 2010 – 31. 12. 2013) im Rahmen der bisherigen Absenkung geschlossen werden kann. In § 5 dieses Tarifvertrages ist dann geregelt, dass, wenn Beschäftigte in der Zeit vom 1. 1. 2010 bis zum 31. 12. 2013 Teilzeit vereinbaren, ebenfalls (!) Kündigungsschutz besteht.

Dies bedeutet, dass der Kündigungsschutz nicht verloren geht, wenn ein Arbeitnehmer ab dem 1. 1. 2012 keine Teilzeit vereinbart (wegen § 5 TV LSA 2010). Weiterhin kann das Land Teilzeit nach

2011 nur ablehnen, wenn dienstliche Belange entgegenstehen. Sind die Arbeitnehmer älter als 60 Jahre oder in die Titelgruppe 96 eingereiht, so kann Teilzeit nur aus entgegenstehenden dringenden betrieblichen Belangen versagt werden.

Also keine Panik. Der Kündigungsschutz besteht deshalb für alle Bediensteten, die bisher abgesenkt waren, über 2011 hinaus bis zum 31. 12. 2013, egal ob sie Anfang 2012 weiter durch Teilzeit abgesenkt werden wollen oder nicht.

Bei weiteren Rückfragen steht Rechtsanwalt Frank Schröder gern zur Verfügung. Weitere Informationen sind über das Landesbüro oder die Bezirksgruppen zu erlangen.

Der Landesvorstand

www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20110907



NEUER TERMIN

**An alle Senioren
im Raum MD**

Zur Mitgliederversammlung der Seniorengruppe der GdP Kreisgruppe PD Haus am Montag, dem 17. Oktober 2011 um 14:00 Uhr im Alten- und Service-Zentrum der Volkssolidarität und der Stadt Magdeburg in 39112 Magdeburg, Halberstädter Straße 15 (Straßenbahn Linien 1 und 10, Haltestelle Eiskeller-Platz) ist vom Zentralen Informationsbüro Pflege und Wohnen des Sozial- und Wohnungsamtes der Landeshauptstadt Magdeburg

Herr Dipl.-Gesundheitswirt (FH)
Martin Lehwald

eingeladen, der zu Problemen der Pflege sprechen und damit zusammenhängende Fragen beantworten wird.

Die Senioren aller GdP-Kreisgruppen im Raum Magdeburg sind dazu herzlich eingeladen.

Wolfgang Jung,
Vorsitzender der Seniorengruppe
www.gdp.de/gdp/gdplsa.nsf/id/20110908

